

## **Antworten der SPD auf die Fragen von Aktion Transsexualität und Menschenrecht e. V. zur Landtagswahl am 13. März 2016**

- 1. Berücksichtigen sie die Tatsache, dass Transsexualität angeboren und keine Sache der Wahl ist? Wenn Ja, wie?**
- 2. Sind z.B. transsexuelle Frauen für Sie:**
  - „Männer, die sich als Frauen fühlen“
  - „Frauen, unabhängig ob vor oder nach ihrer genitalanpassenden OP“
  - „Männer, die eine Geschlechtsumwandlung anstreben oder bereits durchführen ließen“**Bitte erläutern Sie Ihre Antwort kurz.**
- 3. Hat für sie die „Stuttgarter Erklärung“ (<http://die-erklaerung.de/>) eine Bedeutung? Wenn Ja, welche?**
- 4. Haben sie vor, mit Organisationen wie ATME e.V. zusammenzuarbeiten?**
- 5. Wie bewerten sie Positionen wie sie von „Pegida“ oder „Demo für Alle“ vertreten werden? Sehen sie darin eine Einschränkung der Menschenrechte von Minderheiten?**
- 6. Warum sollten transsexuelle Menschen besonders sie wählen?**

„Transsexuelle sind Menschen, die bei der Geburt einem biologischen Geschlecht zugewiesen wurden, welches nicht mit der eigenen Geschlechtsidentität übereinstimmt. Viele Transsexuelle haben den Wunsch, ihr biologisches Geschlecht mit Operationen und/oder durch Hormoneinnahme anzupassen, um so ihrer eigenen Geschlechtsidentität ganz zu entsprechen.“

Das ist ein Zitat aus dem Lexikon der kleinen Unterschiede, das im Zusammenhang mit der Erstellung des Aktionsplans „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ unter der Federführung unserer Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) erarbeitet wurde. Die Arbeit am Aktionsplan war eng mit uns abgestimmt. Insofern stehen wir hinter dieser Aussage.

Wir verfolgen die wissenschaftliche Diskussion zur Transsexualität in der Medizin und in der Psychologie und nehmen wahr, dass – auch veranlasst durch Positionen der transsexuellen Menschen und ihrer Verbände – eine wesentliche Weiterentwicklung stattgefunden hat. Infolgedessen werden in der SPD Veränderungen insbesondere im Zivil- und Sozialrecht gefordert. In diesem Zusammenhang sind uns auch die Aussagen der „Stuttgarter Erklärung“ wichtig. Mit der Aktion Transsexualität und Menschenrecht e.V. arbeiten wir gern wie mit den meisten anderen Interessenvertretungen zusammen.

Völlig unumstritten ist in der SPD auch der aktive Abbau von Diskriminierungen von Transsexuellen. Im Bund haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, den „Nationalen Aktionsplan der Bundesrepublik Deutschland zur Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und darauf bezogene Intoleranz“ um das Thema Homo- und Transphobie zu erweitern.

In Baden-Württemberg hat unsere Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) den Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“ erstellt, um Diskriminierungen von lesbischen, schwulen, bisexuellen, transsexuellen, transgendern, intersexuellen und queeren

Menschen abzubauen und Baden-Württemberg zu einem Vorreiter für Offenheit und Vielfalt zu machen. Innerhalb der Bildungsplanreform wirbt unser Kultusminister Andreas Stoch (SPD) für mehr Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt – unter anderem auch hinsichtlich der geschlechtlichen Identität.

Im Gegensatz zu Teilen der CDU Baden-Württembergs und der AfD Baden-Württembergs gehören weder die SPD Baden-Württemberg noch irgendwelche Teile von ihr zum Unterstützerkreis der „Demo für alle“. Es ist völlig umgekehrt: Der Teil der Bildungsplanreform, mit dem unser Kultusminister Andreas Stoch (SPD) für mehr Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt wirbt, sowie der Aktionsplan „Für Akzeptanz & gleiche Rechte Baden-Württemberg“, den unsere Sozialministerin Katrin Altpeter (SPD) erstellt hat, waren Anlass dafür, dass sich (Ultra-) Konservative, Rechtspopulisten und zum Teil auch Rechtsradikale in der „Demo für alle“ zusammenfinden, um gegen den Abbau von Diskriminierungen von LSBTTIQ-Menschen zu demonstrieren. Pegida halten wir für eine rechtspopulistische und in Teilen offen rechtsradikale Bewegung. Sie bildet ein Reservoir rassistischer Fremdenfeindlichkeit.

Transsexuelle Menschen sollten sich wie alle Bürgerinnen und Bürger für Politik interessieren und dabei die Aussagen der Parteien vergleichen. Was wir für transsexuelle Menschen im Allgemeinen an Verbesserungen vorangebracht haben, haben wir bei der Beantwortung Ihrer Fragen bereits geschildert. Darüber hinaus setzen wir uns als SPD für alle Menschen – unabhängig von Rasse, Geschlecht, Religion und sexueller Identität – für gerechte Bildungschancen, bezahlbaren Wohnraum und „Gute Arbeit“ ein. Für dieses Politikangebot treten wir für die Landtagswahl am 13. März 2016 an und freuen uns über Unterstützung bei der Fortsetzung unserer erfolgreiche Regierungspolitik in den vergangenen fünf Jahren.